



# HESSISCHER LANDTAG

15. 11. 2011

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Siebel (SPD) vom 14.09.2011**

**betreffend Verkehrsicherheit und Verkehrserziehung an hessischen Schulen**

**und**

**Antwort**

**der Kultusministerin**

### **Vorbemerkung des Fragestellers:**

Aufgrund von mehreren schweren Unfällen von Schulkindern im Öffentlichen Personennahverkehr in Darmstadt wurden in Darmstadt diverse Gespräche mit Personen geführt, die für Verkehrssicherheit zuständig sind und schließlich in einer größeren Runde zusammengefasst. An diesen Gesprächen nahmen folgende Personen teil: der Darmstädter Kinderschutzbund, eine betroffene Mutter, ein Vertreter des Verkehrsdezernats der Stadt Darmstadt, der Geschäftsführer DADINA, ein Vertreter der HEAG und der Ombudsmann für Kinder-Verkehrssicherheit in Darmstadt. Da der Schule eine besondere Aufgabe bei der Verkehrserziehung zukommt, kam im Rahmen dieser Gespräche die Frage auf, welche Regelungen es für den Unterricht in Verkehrssicherheit und Mobilität an den hessischen Schulen gibt.

### **Vorbemerkung der Kultusministerin:**

Richtiges bzw. sicheres Verhalten im Verkehr sollte bereits in sehr jungen Jahren erlernt werden. Wenn die Kinder wissen, wie sie sich im Verkehr verhalten sollen, können beträchtliche - unter Umständen lebenslange - Unfallfolgen bzw. Schmerzen vermieden werden.

Hierfür liegt die Verantwortung nicht alleine bei den Eltern. Auch den Erzieherinnen und Erziehern sowie den Lehrkräften kommt hierbei eine ganz wesentliche Rolle zu. Kinder und Jugendliche sollten so früh als möglich in der Lage sein, Gefahren zu erkennen und sicher zu bewältigen. Die Kinder müssen deshalb auf den Schulweg vorbereitet werden. Ihnen müssen mögliche Gefahren im Verkehr verdeutlicht werden.

Die Hessische Landesregierung misst der Mobilitätsbildung sowie der schulischen Verkehrserziehung große Bedeutung zu.

Beide Aspekte gehören zu den besonderen Bildungs- und Erziehungsaufgaben, die gemäß § 6 Abs. 4 des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) fachübergreifend unterrichtet und in den Lehrplänen jeweils mit speziellen Hinweisen hervorgehoben werden. Nach Empfehlung durch die Schulkonferenz trifft die Gesamtkonferenz der Schule die Entscheidung über deren inhaltliche und unterrichtsorganisatorische Umsetzung im Rahmen des schulbezogenen Curriculums. Im Schulprogramm werden schulbezogene und regionale Aspekte sowie besondere verkehrspädagogische Schwerpunkte verankert.

Die Verantwortung aller schulischen Gremien ist hier in besonderem Maße gefordert. Nötig ist darüber hinaus die Zusammenarbeit mit dem Schulträger, den örtlichen Verkehrsbehörden und außerschulischen Partnern - insbesondere bei der Schulwegplanung und bei Übungen zur Verkehrserziehung im realen Verkehrsraum.

Mobilitätsbildung und schulische Verkehrserziehung ist ein Arbeitsbereich von "Schule & Gesundheit" des Hessischen Kultusministeriums (<http://schuleundgesundheit.hessen.de/themen/verkehrserziehung-mobilitaetsbildung.html>). Beide Aspekte sind wichtige Elemente im Rahmen von

Schulentwicklungsgesprächen und finden darüber hinaus insbesondere im Rahmen des Zertifizierungsprozesses als "Gesundheitsfördernde Schule" sowie im Rahmen der Schulinspektionen Berücksichtigung.

Verschiedene Projekte unterstützen die Schulen auf dem Weg zur Erreichung dieser zentralen Ziele der Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung, insbesondere:

- **"Immer sicher unterwegs"** (Vorschulischer Bereich; Gemeinschaftsprojekt zur Schulwegsicherung von Unfallkasse Hessen, Landesverkehrswacht Hessen e.V. und Berufsgenossenschaftlicher Unfallklinik Frankfurt am Main; <http://www.schuleundgesundheit.hessen.de/themen/verkehrserziehung-mobilitaetsbildung/projekte/immer-sicher-unterwegs.html>)
- **"Schulwegpläne online erstellen"** (Grundschule; <http://www.schuleundgesundheit.hessen.de/themen/verkehrserziehung-mobilitaetsbildung/projekte/schulwegplaene-online-erstellen.html>)
- **"Zu Fuß zur Schule"** (Grundschule; 21. bis 25. September 2009; <http://www.schuleundgesundheit.hessen.de/themen/verkehrserziehung-mobilitaetsbildung/projekte/zu-fuss-zur-schule.html>)
- **"Walking Bus"** (Grundschule; <http://www.schuleundgesundheit.hessen.de/themen/verkehrserziehung-mobilitaetsbildung/projekte/walking-bus.html>)
- **"Mit dem Rad zur neuen Schule"** (Grundschule; <http://www.schuleundgesundheit.hessen.de/themen/verkehrserziehung-mobilitaetsbildung/projekte/mit-dem-rad-zur-neuen-schule.html>)
- **"Bike im Trend"** (Sekundarstufe I; <http://www.schuleundgesundheit.hessen.de/themen/verkehrserziehung-mobilitaetsbildung/projekte/bike-im-trend.html>)
- **"RiSk"** (Sekundarstufe II / Berufliche Schulen; "Risiken im Straßenverkehr kommunizieren"; <http://www.schuleundgesundheit.hessen.de/themen/verkehrserziehung-mobilitaetsbildung/projekte/risk.html>).

Die Projekte werden durch das Amt für Lehrerbildung ("Projekt RiSK") bzw. durch die Hessische Landesverkehrswacht e.V., die örtliche Verkehrswacht, den ADAC bzw. die Unfallklasse Hessen (Projekt "Immer sicher unterwegs") finanziell gefördert. Finanzielle Unterstützung können darüber hinaus die Staatlichen Schulämter - bei vorhandenen Ressourcen und entsprechender Nachfrage - leisten. Das Arbeitsfeld "Schule & Gesundheit" des Hessischen Kultusministeriums unterstützt unter anderem die Verbreitung von Publikationen (beispielsweise die Verbreitung der Broschüre "Bike im Trend") sowie die Verbreitung von Informationen und Materialien über die Homepage "Schule & Gesundheit".

Von den Schulen gibt es positive Rückmeldungen zu allen genannten Projekten. Insbesondere das Projekt "Zu Fuß zur Schule" wird von sehr vielen Grundschulen jährlich im September durchgeführt. Es hat im Laufe der Zeit zu einer deutlichen Reduzierung der "elterlichen Schulfahrten" geführt. "Immer sicher unterwegs" wird in Zusammenarbeit mit den örtlichen Verkehrswachten von den Schulen intensiv genutzt. Das Projekt "Walking bus" ist sehr stark von der elterlichen Mitarbeit abhängig und deshalb regional unterschiedlich ausgeprägt.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie viele Deputatsstunden stehen jeder Schule für die Verkehrssicherheit zur Verfügung?

Den Staatlichen Schulämtern stehen Kontingente an Deputatsstunden für verschiedene Teilbereiche der schulischen Bildungs- und Erziehungsarbeit zur Verfügung. Darüber hinaus stehen den Staatlichen Schulämtern Deputatsstunden für projektbezogene Maßnahmen im Bereich von "Schule & Gesundheit" zur Verfügung. Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung ist ein Arbeitsbereich von "Schule & Gesundheit".

Die Staatlichen Schulämter entscheiden in eigener Zuständigkeit und Verantwortung darüber, wie viele Fachberaterinnen und Fachberater für die jeweiligen Aufgabengebiete - beispielsweise für den Bereich der Verkehrser-

ziehung und Mobilitätsbildung - benannt werden. Festgelegte Vorgaben für die Vergabe von Deputatsstunden gibt es nicht.

Für das laufende Schuljahr beträgt die Anzahl der Fachberaterinnen und Fachberater sowie die Anzahl der Deputatsstunden in den einzelnen Schulamtsbezirken wie folgt:

Staatliche Schulämter	Anzahl Fachberater/-innen	Anzahl Deputatsstunden
Bergstraße Odenwaldkreis	2	4
Darmstadt-Dieburg	2	4
Frankfurt a.M.	0	0
Fulda	2	4
Groß-Gerau Main-Taunus-Kreis	1	6
Gießen Vogelsbergkreis	0	0
Hersfeld-Rotenburg Werra-Meißner-Kreis	2	6
Hochtaunuskreis Wetteraukreis	0	4
Kassel	3	9
Lahn-Dill-Kreis Limburg-Weilburg	2	3
Hanau Main-Kinzig-Kreis	1	2
Marburg/Biedenkopf	1	4
Offenbach	1	3
Rheingau-Taunus-Kreis Wiesbaden	1	2
Schwalm-Eder-Kreis Waldeck-Frankenberg	3	4
<b>Gesamt</b>	<b>21</b>	<b>55</b>

Aussagen darüber, wie viele Deputatsstunden den einzelnen Schulen - hessenweit - für die Verkehrserziehung zur Verfügung stehen, sind dem Hessischen Kultusministerium mangels Information nicht möglich. Entsprechende - schuljahrsbezogene - Abfragen bei den einzelnen Schulen sind, da mit unverhältnismäßigem Aufwand verbunden, bislang nicht erfolgt.

Frage 2. Welche Erlasse und Verordnungen gibt es zur Verkehrserziehung an den Schulen?

Das Hessische Kultusministerium hat in Kooperation mit dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport die Aspekte "Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung durch Schule und Polizei" im Jahr 2010 mit Hilfe eines Erlasses auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt (vgl. Anlage).

Dieser neue Erlass

- verdeutlicht den hohen Stellenwert der Mobilitätserziehung,
- leistet die Abstimmung zwischen den beteiligten Ressorts und vereinfacht so die Zusammenarbeit der Jugendverkehrsschulen mit den Grundschulen,
- integriert den Bereich der "Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung" in den Arbeitsbereich "Schule & Gesundheit" und benennt erstmals explizit die Bedeutung des Aufgabenbereiches "Schule & Gesundheit" im Rahmen von Schulinspektion und von Schulentwicklungsgesprächen,

- legt eine Berichtspflicht bezüglich der Arbeit der Jugendverkehrsschulen in den Grundschulen gegenüber den Staatlichen Schulämtern fest; den Staatlichen Schulämtern sollen so Erkenntnisse darüber zur Verfügung gestellt werden, wie viele Schülerinnen und Schüler jährlich an der theoretischen und der praktischen Lernkontrolle der Radfahrausbildung teilgenommen haben. Schulen haben gegenüber dem Staatlichen Schulamt keine Berichtspflicht.

In Anlehnung an die Bildungsstandards für die Fächer in Hessen existiert eine Handreichung zur Umsetzung des Erlasses in den Schulen der unterschiedlichen Alters- und Schulstufen (<http://www.schuleundgesundheit.hessen.de/the-men/verkehrserziehung-mobilitaetsbildung/erlass-verkehr-mobilitaet/hinweise-und-hilfen-zur-umsetzung-des-erlasses.html>).

Wiesbaden, 4. November 2011

**Dorothea Henzler**

**Anlagen**

tenden persönlichen Pflichtstundenzahl gemäß vereinbartem Beschäftigungsumfang für den Ausgleichszeitraum richtet sich nach der angesparten Stundenzahl des Lebensarbeitszeitkontos und der gleichmäßigen Verteilung auf das Schuljahr (Wochenbasis: 52) oder das Schulhalbjahr (Wochenbasis: 26). Möglich ist auch eine Freistellung im letzten Schulhalbjahr unmittelbar vor dem Ruhestand, falls die angesparten Stunden des Lebensarbeitszeitkontos für den Ausgleichszeitraum den zu leistenden persönlichen Stunden für den Schulhalbjahreszeitraum (Wochenbasis: 26) entsprechen und ein entsprechender Antrag gestellt wurde. Der Eintritt in den Ruhestand muss sich grundsätzlich unmittelbar an die Ermäßigung bzw. Freistellung anschließen. Eine Freistellung kann nur für ein komplettes Schulhalbjahr gewährt werden. Bei Teilzeitbeschäftigten kann auf Antrag, soweit dienstliche Belange nicht beeinträchtigt werden, die Freistellung status- und besoldungsrechtlich als Vollzeitbeschäftigung erfolgen, wenn das Lebensarbeitszeitkonto ein entsprechendes Stundenkontingent enthält.

2. Die Anträge auf ein Abweichen vom Regelfall sind 2 Jahre vor Eintritt in den Ruhestand zu stellen.
3. Der Antrag auf vorzeitigen Ruhestand gem. § 51 Abs. 4 HBG ist spätestens 9 Monate vor dem beantragten Ruhestandseintritt zu stellen, damit der vorzeitige Eintritt in den Ruhestand rechtzeitig unter Berücksichtigung dienstlicher Belange organisiert werden kann. In diesem Fall erfolgt die Ermäßigung der Pflichtstundenzahl automatisch im letzten Schulhalbjahr.
4. Eine vorzeitige Inanspruchnahme des Zeitguthabens, insbesondere aus persönlichen Gründen, ist auf Antrag möglich, soweit dringende dienstliche Belange (bspw. Sicherstellung der Unterrichtsversorgung) nicht beeinträchtigt werden und zuvor mindestens ein Ansparzeitraum von mindestens 4 Schuljahren erreicht wurde. Die Ermäßigung/Freistellung muss sich über den Zeitraum eines ganzen Schuljahres bzw. ganzen Schulhalbjahres erstrecken.
5. Soweit das Zeitguthaben zur erforderlichen Betreuung eines Kindes oder eines pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen in Anspruch genommen werden soll, muss die Mindestansparzeit nicht vorliegen. Zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung soll sich die Ermäßigung/Freistellung über den Zeitraum eines ganzen Schuljahres bzw. ganzen Schulhalbjahres erstrecken. Die übrigen Regelungen bleiben unberührt, soweit nichts anderes bestimmt ist.
6. Der Antrag auf vorzeitige Ermäßigung/Freistellung unterliegt den in II. 7 genannten Fristen.
7. Bei der Altersteilzeit im Blockmodell gilt Folgendes: Eine Ermäßigung der persönlich zu leistenden

Pflichtstundenzahl erfolgt automatisch im letzten Schulhalbjahr. Der Eintritt in die Freistellungsphase muss sich grundsätzlich unmittelbar an die Ermäßigung anschließen.

8. Beim Wechsel zu einem anderen Dienstherrn außerhalb der Hessischen Landesverwaltung oder zu einem Arbeitgeber außerhalb des öffentlichen Dienstes findet eine Freistellung bzw. Ermäßigung der Pflichtstundenzahl – unabhängig von der Höhe des Ansparvolumens – vor dem Ausscheiden nur statt, soweit dienstliche Belange nicht beeinträchtigt werden. Eine Übernahme des Zeitguthabens durch den neuen Dienstherrn bzw. Arbeitgeber ist möglich, soweit sich dieser dazu bereit erklärt. Andernfalls verfällt das Zeitguthaben.
9. Soweit eine genehmigte Ermäßigung/Freistellung nicht zu dem beabsichtigten Zweck in Anspruch genommen werden kann (z.B. Ausfallen einer Reise), findet keine erneute Gutschrift auf dem LAK statt. Die Ermäßigung/Freistellung erfolgt wie geplant, das Zeitguthaben ist verbraucht. Dies gilt nicht bei Krankheit, die durch ärztliches Attest nachgewiesen ist.

## **Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung durch Schulen und Polizei**

### **Gemeinsamer Erlass des Hessischen Kultusministeriums und des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport**

Erlass vom 22. Dezember 2009

I.2 – 170.000.103 – 35 –

Gült. Verz. Nr. 7200

#### **1. Grundlagen**

Mobilitätsbildung und schulische Verkehrserziehung gehören zu den besonderen Bildungs- und Erziehungsaufgaben, die gemäß § 6 Abs. 4 des Hessischen Schulgesetzes fachübergreifend unterrichtet und in den Lehrplänen jeweils mit speziellen Hinweisen hervorgehoben werden.

Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung ist ein Arbeitsbereich von Schule & Gesundheit und stellt somit ein wichtiges Element von Schulentwicklung dar, das insbesondere im Kontext des Zertifizierungsprozesses sowohl bei den Schulinspektionen als auch in den Schulentwicklungsgesprächen Berücksichtigung findet.

Nach Empfehlung durch die Schulkonferenz trifft die Gesamtkonferenz der Schule die Entscheidung über die inhaltliche und unterrichtsorganisatorische Umsetzung im Rahmen des schulbezogenen Curriculums. Im Schulprogramm werden schulbezogene und regionale Aspekte sowie besondere verkehrspädagogische Schwerpunkte verankert.

Die Verantwortung aller schulischen Gremien ist hier in besonderem Maße gefordert, die Zusammenarbeit mit dem Schulträger, den örtlichen Verkehrsbehörden und außerschulischen Partnern insbesondere bei der Schulwegplanung und bei Übungen zur Verkehrserziehung im realen Verkehrsraum ist geboten.

## 2. Schulischer Beitrag

Die moderne Verkehrspädagogik und Mobilitätsbildung geht über das Vermitteln von Kenntnissen der Zeichen- und Regelsysteme, zum Beispiel der Straßenverkehrsordnung und das Einüben des „richtigen“ Verhaltens, deutlich hinaus.

Durch die konzeptionelle Integration der kritischen Auseinandersetzung mit Erscheinungen, Bedingungen und Folgen der gegenwärtigen Formen der Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse und ihrer zukünftigen Gestaltung wird die klassische Verkehrserziehung zu einer umfassenden Mobilitätsbildung erweitert.

Die Schülerinnen und Schüler aller Jahrgangsstufen und Schulformen nehmen in immer stärker werdendem Maße selbstständig am Verkehrsgeschehen teil. Sie erwerben die für eine zukunftsfähige Mobilitätsgestaltung notwendigen Kompetenzen durch eine reflektierende Auseinandersetzung mit ihren eigenen Mobilitätsformen und Bedürfnissen.

Durch die Beschäftigung mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln, deren Anteil an der Mobilitätsbefriedigung sowie den ökonomischen und ökologischen Folgen erwerben die Schülerinnen und Schüler wichtige Kompetenzen für ihre zukünftige Lebensgestaltung.

2.1 Schulen benennen eine Schulbeauftragte oder einen Schulbeauftragten für Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung aus dem Kreis der Lehrkräfte. Zu den Aufgaben gehören die Weitergabe von Informationen zu verkehrspädagogischen Fragen, die Beratung der schulischen Gremien und die Mitarbeit in schulübergreifenden Fachkonferenzen.

2.2 Nach § 94 Abs. 4 des Hessischen Schulgesetzes und nach den Richtlinien des Kultusministeriums bestellen die Staatlichen Schulämter Fachberaterinnen oder Fachberater für Verkehrserziehung. Diese beraten und unterstützen sowohl die Staatlichen Schulämter als auch Studienseminare und Schulen bei inhaltlichen und organisatorischen Fragen der Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung. Die Fachberaterinnen und Fachberater sind

in der Steuergruppe von „Schule & Gesundheit“ ihres Staatlichen Schulamtes vertreten.

2.3 Aus dem Kreis der Fachberaterinnen und Fachberater für Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung wird beim Hessischen Kultusministerium eine Arbeitsgruppe „Fachberatung für Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung beim Hessischen Kultusministerium“ eingerichtet, deren Mitglieder im Auftrag des Ministeriums von den betreffenden Staatlichen Schulämtern bestellt werden. Zu den Aufgaben dieser Arbeitsgruppe gehören vor allem die Koordination der Fachberatung „Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung“ bei den Staatlichen Schulämtern, die Unterstützung des Zertifizierungsprozesses, die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern, die Betreuung besonderer Projekte und Wettbewerbe, die fachliche Beratung und Unterstützung des Fachreferates für Schule & Gesundheit sowie die Mitwirkung bei regionalen und zentralen verkehrspädagogischen Fortbildungsveranstaltungen.

2.4 Das Amt für Lehrerbildung (AfL) unterstützt die Schulen durch das Angebot regelmäßiger regionaler und zentraler Fortbildung und fördert die Kooperation der Fachberatungen.

### 2.5 Inhalte der Verkehrserziehung

Die Inhalte und Methoden schulischer Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung sind in den „Hinweisen und Empfehlungen für Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler“ differenziert dargelegt. Wann immer möglich, sollten die Anliegen von Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung mit den anderen Arbeitsbereichen von Schule & Gesundheit verknüpft werden.

### 2.6 Fahrradausbildung

2.6.1 Im 3. und 4. Schuljahr steht die Nutzung des Fahrrades im Mittelpunkt der Verkehrserziehung.

2.6.2 Die praktische Verkehrserziehung in den Jugendverkehrsschulen wird zum integralen Bestandteil schulischer Arbeit. Unterricht unter möglichst realen Bedingungen ist das Ziel der Jugendverkehrsschulen. Übungen im öffentlichen Verkehrsraum sind daher anzustreben. Bei den Planungen sind auch sonstige polizeiliche Belange zu berücksichtigen. Unterrichtseinheiten sind im gegenseitigen Einvernehmen zu terminieren.

2.6.3 Die Unterrichts-/Übungseinheiten mit der Jugendverkehrsschule, insgesamt fünf Doppelstunden, verteilen sich in der Regel auf drei Doppelstunden Üben im Schonraum und zwei Doppelstunden Üben im Realverkehr, wobei die Aufteilung je nach örtlichen Erfordernissen auch anders gestaltet werden kann.

- 2.6.4 Die Eltern sind von solchen Übungen schriftlich in Kenntnis zu setzen und müssen dazu ihr Einverständnis erklären. Ihre aktive Beteiligung bei Übungen im öffentlichen Verkehrsraum soll durch die Schulen angeregt werden. Wenn erforderlich, nehmen Lehrerinnen oder Lehrer als weitere Aufsicht an Übungen im öffentlichen Verkehrsraum teil.
- 2.6.5 Am Ende der praktischen Übungsphase finden theoretische und praktische Lernkontrollen statt. Werden hierbei eventuell Unsicherheiten erkannt, insbesondere solche, bei welchen von einer eigenverantwortlichen Verkehrsteilnahme des Kindes noch abzuraten ist, erfolgen entsprechende Hinweise der Verkehrserzieherinnen/Verkehrserzieher an die Lehrerin oder den Lehrer sowie eine Notiz auf dem jeweiligen Berichtsblatt (Anlage 1) unter „Bemerkungen“. Die Schule informiert die jeweiligen Eltern und reflektiert festgestellte Fehler später im Schonraum. Die Teilnahme an der Radfahrausbildung wird einheitlich und wertungsfrei bescheinigt.
- 2.6.6 Die Inhalte der Verkehrserziehung im 3. und 4. Schuljahr orientieren sich an folgendem Rahmen:
- a) Grundlagen: Ausstattung des Fahrrades; Anfahren und Bremsen; Benutzung von Wegen; allgemeines sicherheitsorientiertes Verhalten.
  - b) Vorfahrt/Vorrang: Vorbeifahren an Fahrzeugen, Hindernissen oder Ausfahrten; Benutzung von Radwegen; Verkehrsregelungen durch Verkehrszeichen, Lichtzeichenanlagen und Polizeibeamtinnen/-beamte; Rechts vor Links.
  - c) Abbiegen: Generelles Verhalten; Linksabbiegen auf der Fahrbahn; indirektes Linksabbiegen.
  - d) Realverkehr: Vorbereitung der Fahrt; Umsetzung bisheriger Übungen im Realverkehr; Sonderregelungen.
  - e) Abschluss: Lernkontrolle; Abschlussfahrt im Realverkehr mit Leistungsbeobachtung.
- 2.7 Sicherung der Schülerinnen und Schüler auf dem Schulweg
- 2.7.1 Die Schulleitung erarbeitet mindestens für die Jahrgänge 1 bis 7 einen Schulwegplan. Schulwegpläne sind Darstellungen, in denen die sichersten Wege zur Schule empfohlen werden, diese werden jährlich überprüft. Bei der Schulwegplanung erstreckt sich die Mitwirkung der Polizei auf eine Beratung der Schulen.
- 2.7.2 Schulaufsichtsbehörden, Schulträger, Schulen und Eltern stehen beratend und unterstützend zur Seite. Die Beteiligung von Eltern durch die Schulen wird ausdrücklich begrüßt.
- 2.7.3 Schulwegpläne sind den Eltern von Schulanfängern und neu in die Schule kommenden Schülerinnen und Schülern rechtzeitig vor Schulbeginn bekannt zu machen und zumindest mit den Schulanfängern zum Beginn des Schuljahres zu besprechen.
- 2.7.4. Schulen können in Abstimmung mit den örtlich zuständigen Polizeibehörden geeignete Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen, die bereits über das erforderliche Verantwortungsbewusstsein verfügen, sowie Eltern oder örtliche Verkehrshelfer für schulwegsichernde Maßnahmen auswählen, die durch die Polizei ausgebildet werden. Sie sind als Schüler-, Bus- oder Elternlotsen Verkehrshelfer für die Schülerinnen und Schüler auf dem Schulweg und nicht befugt, Maßnahmen der Verkehrsregelung durchzuführen. Beim Einsatz von Schülerinnen und Schülern muss das schriftliche Einverständnis eines Elternteils vorliegen. Bei der Betreuung der Schüler-, Bus- und Elternlotsen wirken die Verkehrswachten mit. Die Entscheidung über die Einführung solcher Verkehrshelfer geschieht im Einvernehmen zwischen Schule und Polizei; die Festlegung der Einsatz- und Straßenübergangsstellen für Schüler- oder Elternlotsen obliegt der Straßenverkehrsbehörde.
- 2.7.5 Die Sicherung der Schulwege ist gemeinsame Aufgabe der Polizei und der allgemeinen Ordnungsbehörde. In der Ausführung ist sie Angelegenheit der Straßenbaulastträger.
3. Polizeilicher Beitrag
- 3.1 In Zusammenarbeit mit Schule und Eltern obliegt der Polizei die Durchführung der praktischen Übungen im Rahmen der Radfahrausbildung von Kindern des 3. und 4. Schuljahres in den Jugendverkehrsschulen.
- 3.2 Soweit sie im Rahmen dieses Erlasses von der Polizei wahrgenommen werden, sind Verkehrserziehung und Verkehrsaufklärung in erster Linie Aufgaben der Jugendverkehrsschulen der Polizeipräsidien.
- 3.3 Für die Verkehrserziehung sind vor allem erfahrene Polizeibeamtinnen und -beamte mit Lehrgeschick und Einfühlungsvermögen einzusetzen. Wenn sie den physischen Anforderungen der Unterrichtung im öffentlichen Verkehrsraum genügen und geeignet erscheinen, sind bevorzugt tätig-

keitsbezogen eingeschränkt dienstfähige Polizeibeamtinnen/Polizeibeamte vorzusehen. Diese Regelung findet auf die derzeit als Verkehrserzieherinnen und Verkehrserzieher eingesetzten Polizeibeamtinnen/Polizeibeamte keine Anwendung, sofern sie das 45. Lebensjahr vollendet haben. Bei erstmaliger Aufnahme der Tätigkeit als Verkehrserzieherin/-erzieher sollen sie das 50. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

- 3.4 Den Verkehrserzieherinnen und -erziehern obliegt insbesondere die Betreuung der mobilen und stationären Jugendverkehrsschulen. Jede Jugendverkehrsschule ist durch mindestens zwei Bedienstete der Polizei zu betreuen. Der Einsatz von geeigneten Angehörigen der Wachpolizei wird den Polizeipräsidien im Rahmen örtlicher Möglichkeiten freigestellt. In diesen Fällen ist darauf zu achten, dass die Merkmale der Tätigkeit von Angehörigen der Wachpolizei in den Jugendverkehrsschulen in Übereinstimmung mit ihrer tarifrechtlichen Eingruppierung stehen.
- 3.5 Neue Verkehrserzieherinnen/Verkehrserzieher haben zunächst ein Grundseminar „Verkehrspädagogik“ an der Hessischen Polizeischule zu absolvieren.

#### **4. Verkehrserziehung in Kindergärten und Vorschulklassen**

An der Verkehrserziehung in Kindergärten und Vorschulklassen soll sich die Polizei auf rechtzeitig geäußerten Wunsch hin beteiligen. Der Einsatz der Jugendverkehrsschulen im Rahmen der Fahrradausbildung im 3. bzw. 4. Schuljahr hat jedoch Vorrang.

#### **5. Lehr- und Unterrichtsmaterial**

Träger der Jugendverkehrsschulen und ihrer technischen Ausstattung sind die kreisfreien Städte und die Landkreise. Die für die Radfahrausbildung an Schulen benötigten Arbeitsmaterialien werden den Polizeipräsidien auf Anforderung über die Landesverkehrswacht Hessen e.V. zur Verfügung gestellt. Die Hessische Polizeischule koordiniert Lehr- und Unterrichtsmaterial.

#### **6. Berichtspflicht**

Nach Schuljahresende ist über den Einsatz jeder Jugendverkehrsschule auf dem Berichtsblatt für Jugendverkehrsschulen (Vordruck Nr. 3.460 OFD – siehe Anlage 1) zu berichten. Dabei dient die Erstschrift (weiß) dem Polizeipräsidium zur Auswertung. Die Zweitschrift (gelb) ist dem örtlichen Schulamt zu übersenden. Ein Ersatz dieser Vordrucke durch eine elektronische Erfassung ist beabsichtigt.

Die Polizeipräsidien berichten unter Beifügung der jeweiligen Berichtsblätter dem Landespolizeipräsidium jährlich zum 10. Oktober in Zusammenfassung gemäß Anlage 2 über die Ergebnisse des jeweils letzten Schuljahres.

#### **7. Schlussvorschriften**

Dieser Erlass ergeht als gemeinsamer Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport und des Hessischen Kultusministeriums im Einvernehmen mit dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

Dieser Erlass tritt mit dem Tag der Veröffentlichung in Kraft.

Hessisches Kultusministerium  
I.2 – 170.000.103 – 35 –

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport  
LPP 13 Mi – 66 k 28